

Mitteilung des Senats vom 17. Dezember 2002**Wirtschafts- und Arbeitsmarkteffekte der Sanierungspolitik**

Die Fraktion der CDU hat unter Drucksache 15/1294 eine Große Anfrage zu obigem Thema an den Senat gerichtet.

Der Senat beantwortet die Große Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung:

Die Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU ist in engem Zusammenhang mit der annähernd identischen Großen Anfrage der Fraktion der SPD zu sehen (Drs. 15/1290). Insoweit beide Anfragen wort- oder sinngleiche Fragen enthalten, werden diese entsprechend wort- bzw. sinngleich beantwortet. Im Übrigen verweist der Senat darauf, dass er mit der über drei Jahre laufenden Evaluierung des ISP eine sehr umfassende und fundierte Gesamtschau der Wirtschafts- und Beschäftigungseffekte an die Bremische Bürgerschaft gegeben hat. Der Senat hat deshalb darauf verzichtet, zur Beantwortung der Großen Anfrage einen weiteren Gutachtenauftrag zu vergeben und versucht in der zur Verfügung stehenden Beantwortungsfrist von zwei Wochen eine lückenlose Aufbereitung zu den detaillierten Informationsbedürfnissen zu liefern.

1. Welche Effekte hatte die seit 1995 geänderte Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik im Land Bremen auf die heimischen Unternehmen, insbesondere auf die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU)?

Die fundamentalen Wirtschaftsdaten des Landes Bremen zeigen am aktuellen Rand einen deutlich positiven Entwicklungstrend. Wachstum, Beschäftigung und Rückgang der Zahl der Arbeitslosen entwickeln sich in Bremen überdurchschnittlich. In den Antworten zu den Fragen 2 und 3 werden die hinter dieser Entwicklung liegenden Zusammenhänge erläutert. Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik seit 1995 führte zu einer positiven Verbesserung der regionalen Standortbedingungen. Beleg hierfür ist eine bundesweit von allen Handelskammern durchgeführte Unternehmensbefragung, nach der sich die Bedingungen für die regionale Wirtschaft in Bremen so positiv entwickelt haben, wie in keinem anderen Handelskammerbezirk.

Die Instrumentarien der bremischen Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung, zu denen insbesondere das Investitionssonderprogramm, das ISP-Folgeprogramm, die Wissenschaftsförderung, der Ausbau der Hafeninfrastruktur sowie die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Programme (WAP und BAP) zählen, bilden die programmatischen Ansatzpunkte für eine Verstetigung der sich abzeichnenden positiven Entwicklungstrends.

Die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik des Landes zielt zuvorderst auf die Schaffung günstiger Standortbedingungen der regionalen Wirtschaft, um deren Investitionstätigkeit anzuregen und dadurch neue Arbeitsplätze zu schaffen und vorhandene zu sichern. Zu diesem Zweck sind die Instrumente der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auf eine durchgreifende Modernisierung der bremischen Wirtschaftsstruktur gerichtet. Die seit Beginn der Sanierungspolitik vorgenommenen Neujustierungen haben zur Folge gehabt, dass die regionale Wirtschafts-

politik des Landes mit einer programmatischen Struktur unterlegt ist, die sowohl alle relevanten Infrastrukturfelder (Gewerbeflächen, Fremdenverkehr, Forschung und Entwicklung etc.) abdeckt, wie auch direkt auf alle wesentlichen unternehmerischen Aktivitäten abzielt – von der Investitions-, Ansiedlungs- und Existenzgründungsförderung über Markterschließungsvorhaben für neue Produkte bis hin zu Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten in innovativen Technologiefeldern sowie Förderungen im Bereich der beruflichen Qualifizierung und des Arbeitsmarktes zur aktiven arbeitsmarktpolitischen Flankierung des Strukturwandels.

Im Einzelnen können die folgenden Politikfelder genannt werden:

Die Mittelstands- und Existenzgründungsförderung bietet heute eine maßgeschneiderte Palette zur unmittelbaren Förderung von Unternehmen und Gründungen durch Finanzierung, Beratung und Qualifizierung. Die spezifischen Instrumente wurden seit Beginn der Sanierungspolitik fortentwickelt und den steigenden Anforderungen angepasst (Investitionszuschüsse, Bonus- und Beratungsförderungen; Bereitstellung von Wagniskapital und Darlehen; Förderung der innerbetrieblichen Qualifizierung; Förderung der Markteinführung innovativer Produkte und Dienstleistungen; Bremer Existenzgründungsinitiative – B.E.G.IN.).

Die Innovations- und Technologiepolitik des Landes wurde mit der Innovationsoffensive „InnoVision 2010“ neu aufgestellt. Durch Konzentration auf bestimmte Schwerpunktfelder (Blaue Biotechnologie, TIME, Gesundheit, Umwelt, Logistik, Luft und Raumfahrt und Design) werden ausgewählte Kompetenzcluster und deren Wertschöpfungspotentiale ausgebaut und entwickelt.

Mit dem Landesprogramm „Bremen in T.I.M.E.“ stärkt der Senat Bremens Stellung in den Bereichen Telekommunikation, Informationstechnik, Multimedia und Entertainment.

Der Cluster-Gedanke wurde auch in der Gewerbeflächenentwicklung verfolgt. Die Erfahrungen mit erfolgreichen Projekten wie dem Technologiepark Universität, dem Güterverkehrszentrum (GVZ) Bremen und dem Fischereihafen in Bremerhaven zeigen, dass heute in erster Linie spezialisierte und netzwerkbildende Profilierungen der Gewerbestandorte zu überregionaler Marktakzeptanz führen. Dieser Ansatz wurde in der Fortschreibung des Integrierten Flächenprogramms 2010 konsequent weiterentwickelt, das auf die Entwicklung eines bedarfsgerechten, regional und qualitativ differenzierten Gewerbeflächenangebots zur Neuan siedlung von Unternehmen oder für die Erweiterung bzw. Umsiedlung bestehender Betriebe zielt.

Die Außenwirtschaft spielt im Gesamtgefüge der bremischen Wirtschaft eine strukturbestimmende und stetig an Gewicht zunehmende Rolle. Um die sich daraus ergebenden Potenziale für Bremen zu nutzen wurde mit „Bremen Global – Außenwirtschaftsprogramm 2010“ eine Fortschreibung der Außenwirtschaftsprogrammatik vorgenommen, die im Kern auf eine verstärkte und gezielte Akquisitions- und Förderpolitik zielt, um Bremens Rolle als internationaler Wirtschaftsstandort weiterhin zu sichern und auszubauen.

Sein besonderes Augenmerk hat der Senat auf die Weiterentwicklung und Optimierung der bremischen Hafenanlagen gerichtet. Die ständig wachsenden Weltseeverkehre – und hier insbesondere der Containerverkehr – bieten die Chance, zusätzliche Beschäftigung im Land Bremen zu schaffen. Daher wurde bedarfsgerecht in die Kajen- und Schleusen-Infrastruktur investiert. Mit CT III a und CT IV ist die Zukunft des Hafenstandortes Bremerhaven weit über das Jahr 2010 hinaus gesichert. Mit dem Umbau der Fischereihafen-Doppelschleuse in Bremerhaven und der Oslebshäuser-Schleuse in Bremen, konnte das klassische Hafengeschäft an beiden Standorten gesichert werden. Darüber hinaus verbindet der Senat mit der Beteiligung Bremens am Jade-Weser-Port die Erwartung an das Zusammenwachsen einer norddeutschen Hafenregion mit umfassenden Kooperationen auf Unternehmensebene.

Das Land hat massiv in die Verbesserung seiner Verkehrsinfrastruktur investiert. Eckpunkte der Verkehrspolitik sind die Anbindung von Wirtschafts- und Siedlungsstandorten, die regionale sowie die überregionale Hinterlandanbindung der bremischen Häfen sowie die Verflechtung der Städte Bremen und Bremerhaven mit der Region. Durch die Optimierung des Verkehrsgeschehens sowohl für

Güter als auch für Personen auf den Verkehrsträgern Straße, Schiene, Wasserstraße und Luft sowie durch die Förderung der Intermodalität aller Verkehrsträger untereinander wurden die Positionen Bremens und Bremerhavens als Logistikstandorte und Verknüpfungspunkte für den Personenverkehr unter Optimierung der Umwelt- und Stadtverträglichkeit gestärkt.

Die Attraktivierung der Innenstädte und Nebenzentren war ein wesentlicher Schwerpunkt der Sanierungspolitik. Mit der erfolgreichen Umsetzung des Innenstadtprogramms und im Zusammenwirken von öffentlichen und privaten Vorhaben entstanden eine Reihe von publikumswirksamen Angeboten und Einrichtungen, die dazu beigetragen haben, dass die Bremer Innenstadt und ihre Einrichtungen nachweislich an Kunden, an Besuchern, an Investoren, an Betreibern und an Zuspruch bei den Bremerinnen und Bremern gewonnen hat. Auch in Bremerhaven wurde mit der erfolgreichen Umsetzung des Projektes „Neue Stadtmitte“ der zukunftsgerichtete Umbau der Innenstadt eingeleitet. Dieser soll insbesondere im südlichen Bereich fortgesetzt werden. Darüber hinaus ergeben sich für Bremerhaven aus der Erschließung des immer bedeutender werdenden Städtetourismus enorme Entwicklungspotentiale. Aus diesem Grunde haben Senat und Magistrat der Stadt Bremerhaven noch in der laufenden Legislaturperiode die Erschließung des Bereichs Alter-/Neuer Hafen für den maritimen Städtetourismus auf die wirtschaftspolitische Agenda Bremerhavens gesetzt.

Auch die Stadtteilzentren haben in den vergangenen Jahren an Attraktivität zulegen können. Zu erwähnen sind hier das Walle-Center in Verbindung mit der Sanierung des Zentrums Walle, die erfolgreiche Aufwertung des Stadtteilzentrums Gröpelingen und das Roland-Center in Huchting. In der Umsetzung sind außerdem der Bau eines Fachmarktzentrums in Blumenthal, die Aufwertung des Zentrums in Vegesack einschließlich des Haven Höövts, die Berliner Freiheit in der Vahr, die Aufwertungsmaßnahmen in Hemelingen und Horn-Lehe und die Umgestaltung der Pappelstraße in der Neustadt.

Tourismus und Veranstaltungswesen sind in Bremen tragende Säulen der wirtschaftlichen Entwicklung mit hervorragenden Perspektiven für die Zukunft. Sie sind in der Lage, ein positives Bremen-Image zu vermitteln, das sich auch auf andere Wirtschaftszweige förderlich auswirkt. Mit dem Bau des Congress Centers und der Messehallen, den Um- und Ausbauten von Kultureinrichtungen, der Neuorganisation des Tourismus- und Stadtmarketings sowie zahlreicher Projekte wie dem Universum Science Center, dem St.-Jacobus Packhaus im Schnoor, dem Ausbau des Schlachte-Boulevards, der Aufwertung von Rhododendron-Park und Wallanlagen ist die Aufwertung als touristische Destination und Land mit hohem Freizeitwert weit vorangeschritten. Space-Park und Botanika befinden sich in der Umsetzung.

Neben den in den beschriebenen Politikfeldern bisher genannten Projekten hat der Senat seit Beginn der Sanierung weitere gewichtige Projekte umgesetzt bzw. auf den Weg gebracht. Einige werden im Folgenden aufgelistet und verdeutlichen die Wirtschaftsstrukturpolitische Bilanz des Senats:

- Bau des Hemelinger-Tunnels,
- Gewerbepark Hansalinie Bremen,
- Bau der A 281 bis zum Ende des Jahrzehnts,
- Umstrukturierung der „Hafenreviere rechts der Weser“,
- Entwicklung der Airport-Stadt,
- Entwicklung südliches Fischereihafengebiet,
- Gewerbegebiet Luneort,
- Urbanisierung, quartiersbezogene Differenzierung und Erweiterung des Technologieparks Universität Bremen,
- Ausbau Bremens als Messe- und Veranstaltungsort,
- Messehalle 7 auf der Bürgerweide,
- Stadthallenerweiterung,
- Space-Park Bremen,

- Universum/Visionarium,
- Umbau der Schlachte/weiterer Ausbau der Weseruferpromenade.

Darüber hinaus wurden einschneidende Veränderungen hinsichtlich der bremischen Landesentwicklung vorgenommen:

- Mit der Überleitung der bremischen Hafenverwaltung in die bremenports ist ein marktwirtschaftliches Instrument entstanden, mit dem neue strategische Ausrichtungen vorgenommen werden können, die vorher unmöglich gewesen wären.
- Die Bremer Lagerhaus Gesellschaft wurde umstrukturiert.
- Mit der Integration der Bremen Business International GmbH (BBI) in die Bremer Investitions-Gesellschaft mbH (BIG) wurde die Neuordnung der Außenwirtschaftsförderung Anfang 2002 abgeschlossen.
- Mit der Beleihung der BIG sowie der BIS in Bremerhaven wurde die Wirtschaftsförderung unter einem Dach zusammengeführt.
- Darüber hinaus wurden die Marketing-Aktivitäten neu geordnet und optimiert.

2. Wie hat sich die Sanierungspolitik auf die Arbeitsplatzentwicklung im Lande Bremen seit 1995 im Vergleich zu den Jahren davor ausgewirkt? Welche Veränderungen – in qualitativer und quantitativer Hinsicht – ergaben sich innerhalb und zwischen den Wirtschaftsbereichen?

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre ist eine insgesamt positive Entwicklung bei Wirtschaftswachstum und Beschäftigung zu verzeichnen, die – mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung – zu einem überdurchschnittlichen Rückgang der Arbeitslosigkeit führte. In 2001 lag die jahresdurchschnittliche Zahl der Arbeitslosen erstmals wieder seit 1993 unter 40.000.

Nach einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen bis einschließlich 1996 erfolgte ein geringer Anstieg im Jahr 1997. In 1998 und 1999 gerieten die Beschäftigtenzahlen erneut ins Minus. In den Jahren 2000 und 2001 erfolgte dann ein Zuwachs um ca. 8.000 bzw. ca. 3.000 Beschäftigte. Zwar konnte der – durch Folgen der Wiedervereinigung begünstigte – Beschäftigungsstand von rd. 405.000 in 1991 noch nicht wieder erreicht werden, die Tendenz zeigt jedoch eine eindeutig positive Entwicklung mit rd. 391.000 Beschäftigten im Jahr 2001 nach dem Tiefstand von 1999 (rd. 380.000). Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Zahl der Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen.

Tabelle 1

Erwerbstätige (Arbeitsort) Land Bremen 1991 bis 2001 nach Wirtschaftsbereichen – in 1000											
Wirtschaftszweig	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
Land- und Forstwirtschaft	1,8	1,8	1,8	1,7	1,5	1,3	1,4	1,4	1,4	1,5	1,5
Produzierendes Gewerbe	119,4	119,2	115,4	110,7	105,4	98,4	96,5	94,8	93,3	92,6	93,3
Produz. Gewerbe o. Baugew.	98,5	97,6	93,7	89,1	85,1	79,2	77,1	75,4	74,0	73,5	74,8
Bergb. u. Gew. v. St. u. Erd.	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Verarbeitendes Gewerbe	93,2	92,3	88,5	84,0	80,1	74,6	72,7	71,2	70,3	70,6	72,3
Energie- u. Wasserversorg.	5,3	5,2	5,1	5,0	5,0	4,6	4,4	4,1	3,7	2,9	2,5
Baugewerbe	20,9	21,7	21,8	21,6	20,3	19,2	19,4	19,4	19,3	19,2	18,5
Dienstleistungsbereiche	284,0	288,2	285,6	284,9	281,8	283,4	286,8	285,1	285,7	294,0	286,2
Handel, Gastgew. u. Verkehr	129,9	130,3	126,7	123,9	122,7	122,6	124,4	124,3	121,8	123,7	122,3
Handel, Rep. v. Kfz	67,0	67,6	66,3	66,3	66,6	67,3	70,5	69,9	67,0	68,9	67,1
Gastgewerbe	12,7	12,7	12,7	12,5	12,6	12,8	13,2	13,6	14,4	15,4	16,0
Verkehr u. Nachrichtenüberm.	50,2	50,0	47,8	45,1	43,5	42,5	40,7	40,8	40,5	40,0	39,3
Finanz-, Vermiet. u. UDL	45,1	47,0	47,6	48,4	47,8	49,7	50,2	50,8	54,6	60,1	63,6
Kredit- u. Versich.-Gewerbe	13,0	13,2	13,7	13,9	13,4	13,0	12,2	11,5	11,2	11,0	10,9
Grundstücksw., Verm., UDL	32,2	33,7	33,9	34,5	34,4	36,6	37,9	39,3	43,4	49,1	52,6
Öffentliche u. priv. Dienstleist.	109,0	111,0	111,4	112,6	111,2	111,1	112,2	110,0	109,4	110,2	110,3
Öff. Verw., Verteid., Sozialv.	33,4	32,6	31,9	31,6	29,9	28,4	28,8	27,3	27,0	26,7	25,9
Zusammen	405,3	409,3	402,9	397,4	388,7	383,1	384,6	381,3	380,4	388,0	391,0

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

Eine Verschiebung der Arbeitsplatzentwicklung zwischen den Wirtschaftsbereichen kann anhand der Anteilsverteilung in den Jahren 1991, 1995 und 2001 aufgezeigt werden. Das Produzierende Gewerbe (ohne Baugewerbe) verzeichnete im ersten (1991 bis 1995) und zweiten (1995 bis 2001) Zeitraum ähnlich hohe Anteilsverluste. Das Baugewerbe erlitt im zweiten Zeitraum ebenfalls einen Rückgang. Beim Handel, dem Gastgewerbe und beim Verkehr scheint sich der Anteil stabilisiert zu haben. Innerhalb des Wirtschaftsbereiches „Öffentliche und private Dienstleistungen“ ist eine gegenteilige Entwicklung feststellbar. Während bei der öffentlichen Verwaltung Anteilsverluste, insbesondere beschleunigt im zweiten Zeitraum, entstanden, nahm die Beschäftigung bei den privaten Dienstleistungen zu. Eindeutiger Gewinner, insbesondere im Zeitraum der Sanierung, ist der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ mit einem absoluten Zuwachs zwischen 1995 und 2001 von 15.800 Erwerbstätigen. Tabelle 2 gibt hierzu einen Überblick.

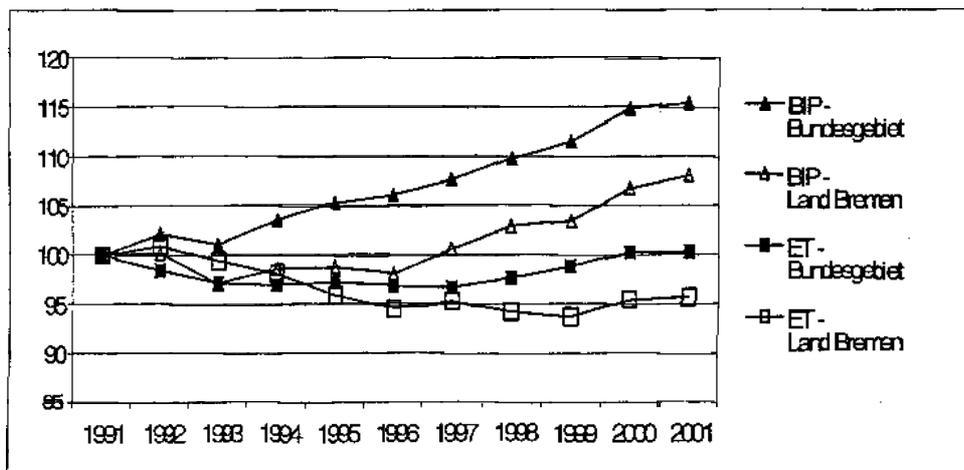
Tabelle 2

Anteilsverteilung der Erwerbstätigen der Wirtschaftsbereiche Im Land Bremen 1991, 1995 und 2001 in %			
Wirtschaftsbereich	1991	1995	2001
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	24,3	21,9	19,1
Baugewerbe	5,2	5,2	4,7
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	32,1	31,6	31,3
Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstleister	11,1	12,3	16,3
Öffentliche und private Dienstleistungen	26,9	28,6	28,2
Dar.: Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	8,2	7,7	6,6
Zusammen	100,0	100,0	100,0
Erwerbstätigenanzahl insgesamt (1.000)	405,3	388,7	391,0

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

Die Beschäftigungsentwicklung gründet auf einer Trendumkehr des bremischen Wirtschaftswachstums seit 1997 mit über dem Bundesdurchschnitt liegenden Wachstumsraten. Auch im Jahre 2002 scheint sich diese Entwicklung fortzusetzen: So lag das Wachstum in Bremen im 1. Halbjahr 2002 im Vergleich zum 1. Halbjahr 2001 bei + 0,5 %, während im gleichen Zeitraum im Bund ein Rückgang der Wirtschaftsleistung um - 0,4 % zu verzeichnen war. Abbildung 1 zeigt den Zusammenhang zwischen Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung: Im Bundesgebiet folgte der Beschäftigungsanstieg seit 1998 der im Jahr 1994 einsetzenden Belebung des Wirtschaftswachstums mit etwa 4-jähriger Verzögerung. Da sich das bremische Wirtschaftswachstum erst 1997 belebte und auf den Wachstumspfad des Bundesgebietes einschwenkte, setzte der Beschäftigungsanstieg entsprechend im Jahr 2000 ein.

Abbildung 1

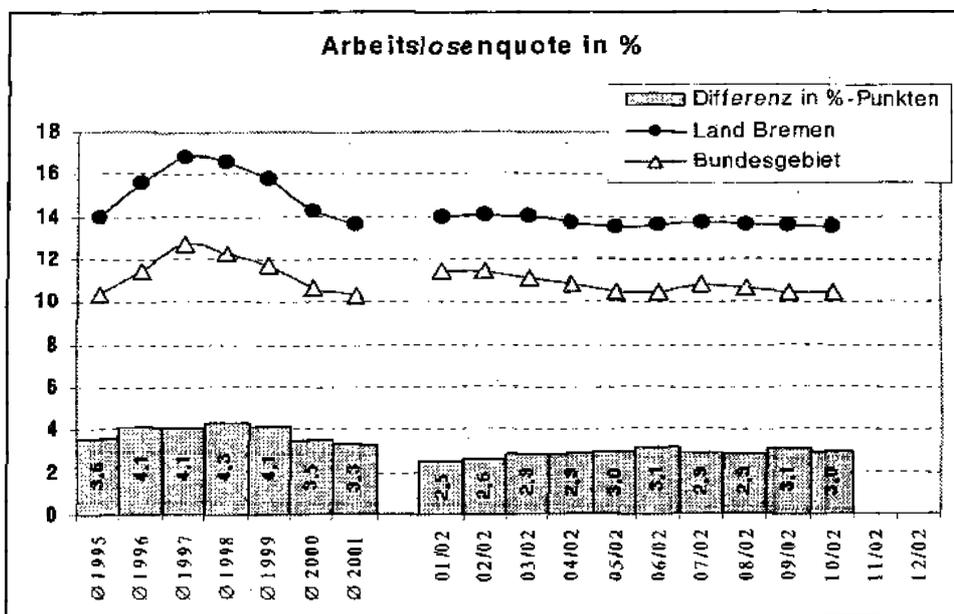


Der Beginn der Ankopplung an die Bundesentwicklung fällt in die Zeit, als die öffentlichen Investitionen insgesamt (Grundinvestitionsprogramm, WAP, ISP und kapitaldienstfinanzierte Maßnahmen) in 1997 gegenüber 1994 um 40 % höher

ausfielen. Im Jahr 2001 lagen sie sogar mit einem Volumen von 838 Mio. € gegenüber 1994 um 79 % höher. Dabei erhöhte sich der Anteil wirtschafts- und finanzkraftstärkender Investitionen (WAP und ISP) am Investitionshaushalt insgesamt von 40 % auf 58 %.

Die genannten Beschäftigungs- und Wachstumseffekte blieben nicht ohne Folgen für den bremischen Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosigkeit ist in Bremen im Zeitraum 1997 bis 2001 stärker zurück gegangen als im Bundesgebiet. Die Zahl der Arbeitslosen lag in Bremen im Jahr 2001 mit jahresdurchschnittlich 39.717 erstmals seit 1993 wieder unter der Marke von 40.000. Die vergleichsweise positive Entwicklung zeigt eine Betrachtung der Differenz der Arbeitslosenquoten zwischen dem Land Bremen und dem Bund. Sie lag 1997, als die Arbeitslosenquoten den bisher höchsten Stand erreichten, noch bei 4,1 Prozentpunkten, reduzierte sich danach in den vier Jahren bis 2001 auf 3,3 Prozentpunkte. Im Verlauf des Jahres 2002 ist, durchschnittlich betrachtet, ein weiterer Rückgang feststellbar. Abbildung 2 zeigt den Trend vorsichtiger Annäherung Bremens an die bundesdurchschnittlichen Arbeitslosenquoten auf. Sehr deutlich wird auch die Abhängigkeit der Bremer Entwicklung von der des Bundesgebiets.

Abbildung 2



Quelle: Bundesanstalt für Arbeit

Da die Arbeitslosigkeit in Städten tendenziell höher ist als in deren Umland und in Flächenländern insgesamt, führt der Bundesvergleich zu einer Verzerrung zu Lasten der Stadtstaaten, also auch Bremens und Bremerhavens. Beide Städte des Landes stehen im Städtevergleich besser da, als es der jeweilige Abstand der Arbeitslosenquoten zu den anderen Bundesländern und zum Bund insgesamt ausagt. Gegenüber allen deutschen Großstädten wurde der Abstand in Bremen Stadt Ende 2001 auf 0,2 %-Punkte fast vollständig abgebaut. In Bremerhaven betrug der Abstand zu den Vergleichsstädten mit 110.000 bis 160.000 Einwohnern dagegen 7,0 %-Punkte. Dieser Vergleich verdeutlicht die Spaltung des Arbeitsmarktes im Land Bremen, da die Arbeitslosenquote der Seestadt nach wie vor einen erheblichen Abstand zu den Vergleichsstädten aufweist.

3. Wie hat sich seit 1995 die Sanierungspolitik auf die Wertschöpfung in den unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen ausgewirkt, und welche Zusammenhänge gibt es zwischen der Entwicklung der Wertschöpfung und der Zahl der Arbeitsplätze?

Die Entwicklung der Bruttowertschöpfung (BWS) in den Wirtschaftsbereichen verlief nicht einheitlich. Der Anteil der Sanierungspolitik an dieser Entwicklung kann nicht isoliert dargestellt werden. Dies hat folgende Gründe: Bedingt durch unterschiedliche Wirkungsverzögerungen der ISP-Projekte (z. B. kann zwischen der Aufbereitung von Gewerbeflächen und deren vollständiger Nutzung ein Zeitraum von bis zu 15 Jahren vergehen) kann der Bruttowertschöpfungsanteil der

Sanierungspolitik nicht einzelnen Jahren zugeordnet werden. Die einzelnen Wirtschaftsbereiche unterliegen zudem unterschiedlichen Arbeitsproduktivitätsfortschritten. Besonders deutlich wird dies bei der Entwicklung des Verarbeitenden Gewerbes, das im Zeitraum 1995 bis 2001 einen Bruttowertschöpfungszuwachs von 11,3 % und einen Rückgang der Erwerbstätigen (ET) von - 9,7 % verzeichnete. Abweichend davon verzeichnete der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ bei einem Anstieg der Bruttowertschöpfung um 28,2 % eine Zunahme der Erwerbstätigenzahl um 33,1 %. Tabelle 3 zeigt vergleichend die Entwicklung von Erwerbstätigen und Bruttowertschöpfung in Bremen 1995 bis 2001. Ein darüber hinaus gehender Zusammenhang zwischen Entwicklung der Wertschöpfung und quantitativen und qualitativen Aspekten der Arbeitsplatzentwicklung ist in diesem Zusammenhang nicht darstellbar.

Tabelle 3

Entwicklung der Erwerbstätigen (ET) und der Bruttowertschöpfung (BWS) real im Land Bremen 1995 – 2001									
Wirtschaftsbereich		1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	1995 bis 2001
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	ET	- 4,5	- 6,9	- 2,7	- 2,2	- 1,8	- 0,8	+ 1,8	- 12,1
	BWS	+ 0,4	- 4,5	+ 6,5	+ 2,4	- 4,1	+ 7,3	+ 2,1	+ 9,5
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	ET	- 4,7	- 6,9	- 2,6	- 1,9	- 1,4	+ 0,4	+ 2,4	- 9,7
	BWS	+ 0,1	- 6,2	+ 8,7	+ 2,6	- 3,7	+ 7,9	+ 2,4	+ 11,3
Baugewerbe	ET	- 6,2	- 5,2	+ 0,8	+ 0,0	- 0,8	- 0,5	- 3,2	- 8,9
	BWS	- 8,1	- 10,4	+ 6,8	+ 4,3	+ 3,0	+ 11,2	- 13,1	- 0,6
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	ET	- 0,9	- 0,1	+ 1,4	- 0,0	- 2,0	+ 1,5	- 1,1	- 0,3
	BWS	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,6	+ 3,7	+ 3,0	+ 3,1	+ 11,5
Finanzierung, Vermietung u. Unternehmensdienstleister	ET	- 1,2	+ 3,8	+ 1,1	+ 1,2	+ 7,4	+ 10,2	+ 5,7	+ 33,1
	BWS	+ 3,3	+ 5,0	+ 4,1	+ 6,2	+ 3,3	+ 4,2	+ 2,6	+ 28,2
Öffentliche und private Dienstleistungen	ET	- 1,2	- 0,1	+ 1,0	- 2,0	- 0,6	+ 0,7	+ 0,1	- 0,8
	BWS	- 0,0	+ 0,4	- 1,7	- 0,8	- 0,9	+ 1,5	+ 0,3	- 1,3
Z u s a m m e n	ET	- 2,2	- 1,4	+ 0,4	- 0,9	- 0,2	+ 2,0	+ 0,8	+ 0,6
	BWS	+ 0,5	- 0,2	+ 2,7	+ 2,3	+ 0,7	+ 4,4	+ 1,5	+ 11,7
Erwerbstätigenanzahl Insgesamt (1.000)	ET	388,7	383,1	384,6	381,3	380,4	388,0	391,0	

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen

4. Wie hat sich seit Beginn der Sanierung die betriebliche Investitionsförderung des Landes entwickelt, und wie veränderten sich im Verhältnis hierzu Wertschöpfung und Zahl der Arbeitsplätze der geförderten Bereiche sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht?

Für den angefragten Zeitraum wird der Wirtschaftsdeputation jährlich über die betriebliche Investitionsförderung im Lande Bremen nach der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) und nach dem Landesinvestitionsförderprogramm (LIP) – zuletzt mit Vorlage Nr. 15/279-L am 8. Mai 2002 – berichtet. Dies sind die beiden zentralen Programme, mit denen die betriebliche Investitionsförderung bremischer Unternehmen erfolgt. Drittmittel von Bund und EU werden in diese Programme eingespeist. Die Entwicklung der Investitionsförderung im Lande Bremen ist fortlaufend dokumentiert und bekannt. Die Berichte enthalten detaillierte Angaben über die Zahl der geschaffenen und gesicherten Arbeitsplätze.

Zur Frage der Veränderung der Wertschöpfung der Arbeitsplätze in geförderten Betrieben in qualitativer Hinsicht ist anzumerken, dass die Förderrichtlinien auf die Schaffung von sozialversicherungspflichtigen Dauerarbeitsplätzen abstellen. Die Berichte enthalten darüber hinaus erst ab dem Jahre 1997 eine branchenspezifische Aufstellung der Investitionssummen und der neu geschaffenen Arbeitsplätze geförderter Betriebe (Tabelle 4). Weitergehende Aussagen müssten für den angefragten Zeitraum durch umfangreiche gutachterliche Untersuchungen ermittelt werden.

Tabelle 4

GA- und LIP-Förderungen 1997 bis 2001										
	1997		1998		1999		2000		2001	
	GA	LIP	GA	LIP	GA	LIP	GA	LIP	GA	LIP
Investition in Tausend Euro	121.724	16.273	53.579	24.044	650.649	15.925	35.353	79.822	34.847	26.330
Metallverarbeitung/ Maschinenbau	21%		20%	9%	11%	12%	7%	14%	21%	18%
Nahrungsmittel			34%		4%		2%			
Optik/Medizin- Elektrotechnik				23%			1%	10%		3%
Groß-/Versandhandel	18%	5%	18%	33%	4%	0%		24%	2%	18%
Logistik	26%				7%	52%			28%	
Daten- Kommunikationstechnik			11%	18%	6%	4%	1%	10%	20%	8%
Werbeleistungen, technische Unternehmensberatung			6%		1%	17%	6%	6%	13%	4%
sonst. produzierendes Gewerbe	22%	48%	13%	5%	16%	5%	61%	9%	4%	12%
Druckerherzeugnisse										27%
sonstige Dienstleistungen	0%	26%		8%		4%		10%		14%
Hotel/Tourismus	11%	20%			61%	2%	2%	16%	12%	
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Neue Arbeitsplätze	915	116	347	188	2069	99	112	229	461	211
Metallverarbeitung/ Maschinenbau	22%		13%	5%	15%	11%	17%	13%	5%	12%
Nahrungsmittel			12%		3%		2%			
Optik/Medizin- Elektrotechnik				13%			7%	3%		9%
Groß-/Versandhandel	9%	11%	5%	11%	4%	3%		12%	1%	8%
Logistik	22%				7%	12%			10%	
Daten- Kommunikationstechnik			36%	33%	29%	29%		24%	77%	18%
Werbeleistungen, technische Unternehmensberatung			10%		2%	20%	4%	23%	4%	19%
sonst. produzierendes Gewerbe	27%	39%	23%	18%	14%	20%	66%	15%	1%	14%
Druckerherzeugnisse										6%
sonstige Dienstleistungen	14%	38%		20%		5%		1%		15%
Hotel/Tourismus	6%	12%			26%		2%	9%	1%	
	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: Der

Senator für Wirtschaft und Häfen

Im Gegensatz zur GA dürfen die Förderungen des LIP ausschließlich nur von KMU in Anspruch genommen werden. Im Rahmen der GA-Förderungen haben Investitionszuschüsse an KMU jedoch einen hohen Stellenwert. So liegt der Anteil geförderter KMU im Rahmen der GA in den Jahren 1997 bis 2001 erfreulich hoch zwischen 72,9 % und 92,9 % (Tabelle 5).

Tabelle 5

KMU-Anteil geförderter Betriebe im Rahmen der GA				
Jahr	KMU-Anteil in Prozent	Neue Arbeitsplätze	Gleicherte Arbeitsplätze	Investitionsvolumen T€
1997	81,3%	182	476	52,25
1998	81,5%	232,5	683	31,09
1999	72,9%	478	1.094	76,64
2000	92,8%	37	332	6,43
2001	91,7%	132	392	27,1

Quelle: Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Der Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales unterstützt mit dem Landesprogramm Arbeit und Technik kleine und mittlere Unternehmen im Land Bremen bei Innovationen, die auf eine sozialverträgliche Bewältigung des Strukturwandels im Interesse der Betriebe und ihrer Beschäftigten abzielen. Mit der ganzheitlichen Gestaltung von Arbeitsplätzen bei der Einführung neuer technischer Verfahren und Prozesse werden insbesondere kleine und mittlere Unternehmen in die Lage versetzt, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und die qualifikatorischen Bedürfnisse der Beschäftigten schon bei der Implementation neuer Technologien zu gewährleisten.

Ferner fördert der Senator für Bau und Umwelt u. a. im Rahmen des „Öko-Wap“ Unternehmen und wissenschaftliche Einrichtungen bei der Entwicklung und Einführung effektiver, umweltfreundlicher Technologien, Produkte und Betriebsabläufe. Die Förderung zielt auf eine umweltgerechte Entwicklung der Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven ab und kommt schwerpunktmäßig KMU zu Gute. Als Förderinstrumente stehen dafür die Beratungsprogramme, die Förderprogramme zur Angewandten Umweltforschung, zur

Technologieentwicklung, für Investitionen und zur Markterschließung zur Verfügung. Die Bildung von Verbundprojekten wie z. B. im Rahmen der Landesinitiativen Umweltunternehmen oder dem Netzwerk zu Offshore-Windenergie genießt darüber hinaus einen besonderen Stellenwert.

Mit solchen Verbundvorhaben, in denen regelmäßig wissenschaftliche Institute, Einrichtungen der Weiterbildung, Verbände und Betriebe zusammenarbeiten, werden die Arbeitsplätze in den beteiligten Betrieben gesichert sowie weiteren Betrieben im Land Bremen über einen Know-how-Transfer die Ergebnisse der Projekte bereitgestellt. Seit 1995 haben sich in den Verbundvorhaben des Landesprogramms Arbeit und Technik mehr als 150 kleine und mittlere Unternehmen unmittelbar beteiligt.

5. Wie wirkten sich das Angebot an Gewerbeflächen sowie der Ausbau der touristischen, der wissenschaftlichen, der verkehrlichen und der Kommunikationsinfrastruktur jeweils auf die Zahl der Arbeitsplätze im Lande Bremen aus?

Zur Frage nach den Beschäftigungseffekten einzelner Programme und Sektoren ist vorzuschicken, dass diese wegen der intensiven Wirkungszusammenhänge und Synergien nur im Zusammenhang zu sehen sind und die folgenden Ergebnisse keine vergleichende Bewertung erlauben.

Das ISP-Evaluierungsgutachten ist der Bürgerschaft (Landtag) im November 2002 zugeleitet und von ihr intensiv diskutiert und zur Kenntnis genommen worden. Laut Evaluierungsgutachten ist ein Gesamtbeschäftigungseffekt in Höhe von 48.000 Arbeitsplätzen möglich. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Antwort zu Frage Nr. 7 verwiesen.

Abweichend vom bisher betrachteten Berichtszeitraum wurden in den Jahren 1993 bis 2001 428 ha Gewerbeflächen neu erschlossen (Durchschnitt: 47,6 ha/a). 360 ha städtische Gewerbeflächen wurden in diesem Betrachtungszeitraum an Unternehmen vergeben. Die Spannweite der Flächenvergaben reichte von 8,3 ha im Jahr 1993 bis 63,9 ha im Jahr 2001 (Durchschnitt: 40 ha/a). Mit anziehender Konjunktur wurden im Zeitraum 1997 bis 2001 im Durchschnitt 51,4 ha Gewerbeflächen vergeben.

Durch die Grundstücksvergaben zwischen 1993 und 2001 konnten über 20.000 Arbeitsplätze gesichert bzw. neu geschaffen werden. Die Investitionseffekte betragen ca. 1.100 Mio. €.

Die touristische Infrastruktur wurde in den vergangenen Jahren im Lande Bremen von öffentlicher Seite, aber auch durch privatwirtschaftliche Investitionen insbesondere durch folgende Projekte ausgebaut: Sanierung Kunsthalle (1998), Sanierung Focke-Museum und neues Magazingebäude (1998 und 2002), Übermaxx Kino mit Schausammlung des Überseemuseums (1998/1999), Wilhelm-Wagenfeld Haus (1998), Musical-Theater am Richtweg (1999), Besucherzentren von Beck und Co, DaimlerChrysler und Astrium (1999), Sauna-Oase und Kino-Center am Weserpark (1999), Erweiterung Schaufenster Fischereihafen (1999), Weserpromenade Schlachte (2000), Universum Science-Center (2000), Weserpromenade und Freizeithafen in Vegesack (2000), Erweiterung Schiffahrtsmuseum (2000/2001), City-Port in Bremerhaven, ZeitRaum-Erlebnis im Schnoorpackhaus (2001), Schulschiff mit Schulschiffhaus (2001), Sanierung und Aufwertung Galopprennbahn in der Vahr (2002), Halle 7 (2002), Sanierung des Bremer Marktplatzes und Maritimer Trail mit der Seemeile in Bremerhaven (2002).

Arbeitsplatzeffekte entstehen direkt durch die Beschäftigung eigenen Personals sowie indirekt durch Besucher. Regionalökonomisch relevant sind hier vor allem Ausgaben auswärtiger Besucher, die zusätzliche Kaufkraft nach Bremen lenken. Um Arbeitsplatzwirkungen zu erzielen, reicht es daher nicht aus, touristische Attraktionen zu schaffen, vielmehr müssen diese Attraktionen auch überregional bekannt gemacht und vermarktet werden. Herausragende Veranstaltungen wie aktuell die „van-Gogh-Ausstellung“ in der Kunsthalle Bremen haben hier eine Leitfunktion.

Das BAW Institut für Wirtschaftsforschung GmbH hat unter Berücksichtigung dieser Zusammenhänge 1998 modellhaft ermittelt, dass im Lande Bremen rd. 11.000 Beschäftigte unmittelbar im Tourismus und in dem Tourismus vorgelagerten Wirtschaftsbereichen tätig sind. Bis zum Jahr 2006 wird ein Zuwachs um rund 45 % auf 16.000 Beschäftigte für möglich gehalten. Im Gastgewerbe stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Land Bremen von rd. 13.600 in 1998 auf 15.300 in 2000 um 12,5 % (aggregierte Daten zum Tourismus insgesamt liegen aktuell nicht vor). Damit stützt die realwirtschaftliche Entwicklung im Gastgewerbe die genannte Modellrechnung.

Die Ergebnisse aus der Evaluierung der Maßnahmen des Investitions Sonderprogramms zur Tourismusförderung und Stärkung der zentralen Versorgungsfunktionen erwarten eine weitere Verbesserung der Attraktivität Bremens als Tourismusdestination sowie eine anhaltende und dauerhafte Erhöhung des Beschäftigungspotentials aufgrund zufließender Kaufkraft.

Dem Ausbau der wissenschaftlichen Infrastruktur kann ein beträchtlicher Effekt bei der Schaffung und Sicherung neuer hochwertiger Arbeitsplätze (hohe Wertschöpfung) zugerechnet werden. Die ISP-Evaluation durch Prognos hat gezeigt, dass in der Periode bis Ende 2000 rund 7.400 Arbeitsplätze unmittelbar im FuE-Bereich entstanden sind. Bis Ende 2016 werden nach der Hochrechnung insgesamt 8.900 Arbeitsplätze entstehen. Darin sind die direkt aus dem Investitions Sonderprogramm finanzierten Arbeitsplätze nicht mitgerechnet.

Von 48.000 ISP-induzierten Arbeitsplätzen können insgesamt 12.700 (26 %) durch die komplementären Investitionen in die Erweiterung und in den Ausbau der Forschungs- und Entwicklungsinfrastruktur als „FuE-beeinflusst“ angesehen werden.

Auch die Verkehrsinfrastruktur, die im Rahmen des ISP ausgebaut worden ist bzw. teilweise noch werden soll, trägt erheblich zur Erhöhung der Beschäftigung bei. Für die im Rahmen der ISP-Evaluierung geprüften Verkehrsprojekte hat sich gezeigt, dass diese aus regionalwirtschaftlicher Sicht und speziell in Hinblick auf die Beschäftigungseffekte als überaus wichtig einzuschätzen sind. Demnach wird ein Beschäftigungseffekt von 25.500 gesicherten bzw. zusätzlichen Arbeitsplätzen für möglich gehalten.

Darüber hinaus sind zahlreiche wirtschaftsstrukturpolitisch relevante Verkehrsprojekte realisiert worden bzw. sollen in den nächsten Jahren erst noch fertig gestellt werden, z. B. Bundesverkehrswege, für die zurzeit keine konkreten Angaben im Hinblick auf die Beschäftigungseffekte gemacht werden können.

Beschäftigungseffekte, die aus dem Ausbau der Kommunikationsinfrastruktur resultieren, sind aktuell nicht darstellbar. Zurzeit wird die erste, jetzt zuende gehende, Förderphase des Landesprogramms „Bremen in t.i.m.e.“ evaluiert. Konkrete Aussagen über die Auswirkungen dieses Programms auf den Arbeitsmarkt können erst nach Abschluss der Evaluierung gemacht werden.

6. Welche Effekte hatte seit Beginn des Sanierungszeitraums die bremische Existenzgründungsförderung?

Insbesondere im Hinblick auf das Sanierungsziel betrachtet der Senat Existenzgründer und Existenzgründerinnen als Kernpunkt einer regionalwirtschaftlichen Strategie zur Entwicklung zukunftsorientierter, neuer Wirtschaftsstrukturen in Bremen und Bremerhaven. Mit der im Frühjahr 1998 eingeleiteten Bremer Existenzgründungsinitiative B.E.G.IN ist die bis dahin schon gezielt betriebene Förderung von Existenzgründungen und Betriebsübernahmen nochmals verstärkt und als gebündelte Strategie fortgesetzt worden.

Genauere Aussagen über das Gründungsgeschehen sind erst mit der Einrichtung der Bremer Existenzgründungsinitiative B.E.G.IN möglich geworden. Von der B.E.G.IN-Gründungsleitstelle wurden im Zeitraum von April 1998 bis Mitte November 2002 insgesamt 6.279 potentielle Gründer und Gründerinnen begleitet. Daraus sind gemäß jährlicher Befragung der Gründungsleitstelle im Zeitraum von April 1998 bis Dezember 2001 insgesamt rd. 3.800 Gründungen hervorgegangen.

Bezogen auf das erste Geschäftsjahr ergibt sich pro Gründung ein durchschnittlicher Bestand von 1,5 Arbeitsplätzen (einschließlich des Arbeitsplatzes des Gründers bzw. der Gründerin). Bezogen auf das erste und zweite Geschäftsjahr erhöht sich der durchschnittliche Bestand auf 2,5 Arbeitsplätze. Auf Basis dieser Werte wurden von April 1998 bis Dezember 2001 im Land Bremen durch die von B.E.G.IN begleiteten Unternehmen insgesamt rd. 9.700 Arbeitsplätze geschaffen.

Ergänzend zu den Beschäftigungsimpulsen von B.E.G.IN ist das Existenzgründungsförderungsprogramm „Starthilfefonds“ des Arbeitsressorts zu nennen. Mit diesem beschäftigungspolitischen Instrument wurden in mehr als zehn Jahren rund 600 Existenzgründungen unterstützt und dabei mehr als 1.200 Arbeitsplätze geschaffen. Für den angefragten Zeitraum ist der Deputation für Arbeit und Gesundheit jährlich über die Existenzgründungsförderung im Rahmen des Starthilfefonds des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales – zuletzt mit Vorlage Nr. 342/02 am 22. Mai 2002 – berichtet worden. Die Entwicklung der Existenzgründungsförderung im Rahmen des Starthilfefonds im Lande ist damit fortlaufend dokumentiert und bekannt. Die Berichte enthalten detaillierte Angaben über die Zahl der geschaffenen Arbeits- und Ausbildungsplätze und die Förderung von KMU.

Für die Ausgründungen aus dem Wissenschaftsbereich bieten die Hochschulen ein breites Service-Angebot für potentielle Unternehmensgründer bis hin zu günstiger Nutzung von räumlichen Möglichkeiten zur Erleichterung der Startphase.

Von Bedeutung sind weiterhin die Aktivitäten der in das B.E.G.IN-Gründungsnetzwerk eingebundenen bremischen Wirtschaftsfördergesellschaften, die ebenfalls einen erheblichen Beitrag zur Existenzgründungsförderung leisten.

7. Welche Wirtschafts- und Arbeitsmarkteffekte werden in den kommenden Jahren unter Berücksichtigung begonnener und beschlossener Investitionsprojekte, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, aus der Sanierungspolitik resultieren (insgesamt und branchenbezogen)?

Mit der Realisierung des ISP kann das reale BIP-Wachstum des Landes Bremen – ohne Beeinträchtigungen durch die nicht ISP-geprägte Grundentwicklung – im Zeitraum 2001/2010 um jahresdurchschnittlich 0,6-%-Punkte höher als im übrigen (westlichen) Bundesgebiet ausfallen. Im Folgejahrzehnt bedarf es der zusätzlichen Wirkungen des AIP um den Abstand zum Bundesdurchschnitt bei 0,7-%-Punkte p. a. zu halten.

Aus dem Prognos-Evaluierungsgutachten ergibt sich ein Potenzial ISP-induzierter Arbeitsplätze in einer Größenordnung von rd. 48.000 bei entsprechenden Rahmenbedingungen, d. h. Erfolg aller Projekte, Vollauslastung der Gewerbeflächen, stabile globale Einflussfaktoren etc. Die parallele Ermittlung der Arbeitsplatzeffekte über makroökonomische Berechnungen führt im gleichen Zeitfenster (bis 2016) zu knapp 31.000 bzw. – unter Berücksichtigung des Anschluss-Investitionsprogramms (AIP) – zu 35.000 bis 44.000 Beschäftigten. Die Ergebnisspanne der methodischen Berechnungsansätze ist in erheblichem Maße durch die unterschiedliche Berücksichtigung bzw. Gewichtung einzelner Einflussfaktoren (durchschnittliche oder einzelfallbezogene Bewertung der Maßnahmeerfolge; Berücksichtigung von Mitnahmeeffekten; Einbeziehung ergänzender Investitionsausgaben u. ä.) verursacht.

Infolge des Realisierungsverlaufes der ISP-Maßnahmen und der zu erwartenden jeweiligen Wirkungsverzögerungen („Time-lags“) werden die maximalen Beschäftigungseffekte des Investitionssonderprogramms im Jahre 2016 erwartet.

Die ISP-Evaluation hat gezeigt, dass zur weiteren Stärkung der Wirtschafts- und Arbeitsmarkteffekte eine integrierte Strategie der Aktivitäten der Wissenschafts-, Wirtschafts- und Arbeitspolitik für Bremen und Bremerhaven unabdingbar ist. Mit der Innovationsoffensive InnoVision 2010 des Landes Bremen und der Bestellung des Technologiebeauftragten des Senats sind hierzu bedeutende Maßnahmen unternommen worden, die es zu verstärken gilt.

Es ist zu erwarten, dass die mit den ISP-Maßnahmen eingeleiteten regional-ökonomischen Effekte durch die im Wissenschaftsplan 2010 vorgesehenen Investitionsprojekte intensiviert werden können. Dabei sollen die Mittel gezielt eingesetzt werden, um regional relevante Wissenschaftsfelder weiterzuentwickeln bzw. neu aufzubauen.